

GR

3. Dezember 2025 / GPK

Unterschriftenregelung in der Stadt Grenchen - Erarbeitung eines Reglements

1 Ausgangslage

Die Geschäftsprüfungskommission GPK überprüfte - auch auf Anregung des Stadtpräsidenten - die Unterschriften- und Visaregelung in der städtischen Verwaltung.

Nach § 131 Absatz 2 Buchstabe c Gemeindegesetz unterzeichnet der Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin mit dem Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin die Erlasse der Gemeinde.

Nach § 57 Absatz 3 Gemeindeordnung führt der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin zusammen mit dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin die rechtsverbindliche Unterschrift für die Stadt Grenchen.

Die Gemeinderatskommission kann weitere Unterschriftenberechtigungen festlegen.

Nach § 132 Absatz 3 Gemeindegesetz hat der Gemeinderat die Unterschriftenberechtigung im Zusammenhang mit den Finanzen zu regeln.

2 Gegenstand, Überprüfung und Umfang

Die Überprüfung klärte, welche verbindlichen Reglemente oder Weisungen über die Unterschriftenberechtigung bestehen und wie die Unterschriften in der Praxis geleistet werden.

3 Vorbereitung

Die GPK verglich in einer Internet-Recherche, wie andere Einwohnergemeinden (Auswahl aus verschiedenen Kantonen) die Unterschriftsberechtigung geregelt haben. Gestützt auf die Ergebnisse erstellte die GPK als Diskussionsentwurf ein mögliches Unterschriftenreglement für die Stadt Grenchen.

Gleichzeitig ersuchte die GPK mit E-Mail vom 08.10.2025 die Abteilungen und Dienststellen der Stadt Grenchen um Auskunft und Zustellung von Unterlagen zur Unterschriften- und Visaregelung in der jeweiligen Abteilung oder Dienststelle. Die Stadtkanzlei wurde gebeten, der GPK allfällige Beschlüsse der GRK oder des Gemeinderates zur Unterschriftenregelung zuzustellen.

Nachdem einzelne Abteilungen mitteilten, wie sie die Unterschriftenregelung handhaben, ersuchte der Stadtpräsident um konferenzuelle Besprechung mit einer Delegation der Abteilungsleiterkonferenz. Die Besprechung fand am 24. November 2025 statt.

Der Stadtpräsident und die Delegation der Abteilungsleiterkonferenz stimmten den folgenden nunmehr verschriftlichten Feststellungen und der geplanten Empfehlung der GPK zu.

4 Feststellungen

Eine kurze Beurteilung einzelner Geschäftsfelder ergibt:

- *Beglaubigungen*
Die Zuständigkeiten für Beglaubigungen (offizielle Bestätigung, dass eine Unterschrift unter einem Dokument echt ist und von der Person stammt, die das Dokument unterzeichnet hat) sind gegeben; Beglaubigungen werden ordnungsgemäss ausgestellt.
- *Erlasse und Beschlüsse Gemeindeversammlung und Gemeinderat*
Erlasse (wie Reglemente, Statuten, Zusammenarbeitsverträge) und Beschlüsse von Gemeindeversammlung und Gemeinderat werden vom Stadtpräsidenten und Stadtschreiber unterzeichnet.
- *Leistungsvereinbarungen*
Leistungsvereinbarungen mit Dritten verfügen über die entsprechende Doppelunterschrift, soweit sie vom Gemeinderat oder der Gemeinderatskommission beschlossen wurden. Bei andern Leistungsvereinbarungen ist die Zuständigkeit und damit die Unterschriftenberechtigung unklar.
- *Verträge*
In der Regel gilt in der Praxis im Rechtsverkehr nach aussen die Einzelunterschrift, auch wenn damit die Einwohnergemeinde rechtsverbindlich verpflichtet wird. Beispiele sind Mietverträge oder Arbeitsvergebungen oft mit grossen finanziellen und inhaltlichen Verpflichtungen oder zeitlichen Bindungen.

Erstmalige Arbeitsverträge mit Mitarbeitenden tragen eine Doppelunterschrift von Personalamt/Abteilung, nicht aber Änderungen des Arbeitsvertrages (zum Beispiel bei Lohnanpassungen, Stufenanstiegen oder Änderung des Arbeitspensums).
- *Ermächtigung durch Behörden*
In Einzelfällen ermächtigt eine politische Behörde oder Fachkommission einen Abteilungsleitenden, einen entsprechenden Beschluss oder Folgeverträge rechtsverbindlich zu unterzeichnen.
- *Protokolle*
Protokolle werden zwar in der Regel an der Folgesitzung von Gemeindeversammlung oder der jeweiligen Behörde mit oder ohne Korrektur genehmigt, aber nicht unterschrieben. Dabei beruft man sich auf langjährige Praxis.
- *Elektronische Unterschrift*
Regelungen über die elektronische Unterschrift bestehen nicht.

- *Visaregelung - Rechnungswesen - Ausgabenkompetenzen*

Vollständig und nachvollziehbar liegen die Visaregelungen im Rechnungswesen vor.

Allerdings liess sich keine Regelung nach § 132 Absatz 3 Gemeindegesetz finden, wonach der Gemeinderat die Unterschriftenberechtigung im Zusammenhang mit den Finanzen (Ausgabenkompetenzen) zu regeln hat.

5 Fazit

Die Abklärungen, Rückmeldungen und die Besprechung zeigten, dass keine rechtlich bindenden Regelungen – mit Ausnahme der gesetzlichen Verpflichtung nach § 131 Absatz 2 Buchstabe c Gemeindegesetz und § 57 Absatz 3 Gemeindeordnung über die Unterschriftenberechtigung (Stadtpräsident/in und Stadtschreiber/in) bestehen. Zwar erscheint die bisherige Praxis nicht alarmierend, aber dem Vier-Augenprinzip wird nicht genügend Rechnung getragen und es besteht das Risiko, dass sich insbesondere Drittpersonen auf kommunale Rechtshandlungen berufen können, selbst wenn Inhalt und Form fehlerhaft sind.

Für den externen Geschäftsverkehr muss nach Auffassung der GPK gelten, dass die Korrespondenz (verstanden als genereller Geschäftsverkehr) grundsätzlich kollektiv zu zweien unterzeichnet wird, wenn

- die Allgemeinheit oder Dritte in ihren Rechtsverhältnissen betroffen sind oder sein können
- wenn Auskünfte erteilt oder Mitteilungen verfasst werden, welche die Stadt in irgendeiner Form (inhaltlich oder finanziell) binden.

6 Empfehlung GPK

Die Stadtpräsidentin sei zu beauftragen, dem Gemeinderat innert nützlicher Frist ein Unterschriftenreglement vorzulegen

7 Koordination

Die Koordination mit dem Stadtpräsidenten und dem Stadtschreiber ist erfolgt.

8 Anträge an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf

- 8.1 Der Gemeinderat nimmt von der Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission Kenntnis.
- 8.2 Die Stadtpräsidentin wird ersucht, dem Gemeinderat innert nützlicher Frist ein Unterschriftenreglement vorzulegen.

Vollzug: KZL

GR
Stadtpräsidentin
KZL
Mitglieder GPK
Sekretariat GPK